

Ersteigert täglich
nachmitt. mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1,80 Mk.
Jahrespreis 6,00 Mk.
Prämium frei ins Haus.
Durch die Post bezogen
1,00 Mk. extra Gebühren.

„Die Neue Welt“
Veröffentlichungsbeilage,
durch die Post nicht bezogen,
hat, heißt monatlich 10 Pf.,
vierteljährlich 30 Pf.

Telephon Nr. 1047.
Telegraphisch: Halle.
Verkaufst. Kallenberg.



Infektionsgebühr
betragt für die 8 Spalten
pro Seite 20 Pfennig.
Die monatliche Ausgabe
20 Pfennig.
Im erkrankten Falle
kann die Seite 75 Pfennig.

Interate
Für die fällige Nummer
müssen die Leser bis zur
Mittags 10 Uhr in der
Expeditiön anfragen
sein.

Eingetragen in die
Polizeianzeige.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld,
Mittenberg-Schweinitz, Corgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Post 4243. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. ■ Redaktion: Post 4243. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

Das Frauenwahlrecht.

Zum 19. März!

In den Stürmen der großen Revolution wurde es geboren und auf den Trümmern der Vorkämpfer wurde es erkannt die Stimme der Frau, die gleiche Recht im politischen Leben begehrt. In jenen Tagen, da die alten Traditionen zerfielen, erstanden die Fortschrittler und die Ketten sich lösten, die bis dahin die Weibchen gebunden und verbunden, schürften es auch das Heim der Frauen, und aus den bitteren Stunden traten sie zum erstenmal in den Raum des politischen Lebens. Die Frauen aller Klassen finden den Weg zur politischen Freiheit und in dem Kampfgewühl vor den Parastaden, zaudern neue Ideen keinen Augenblick. Gesetze entstehen, die alle Sitten und Gebräuche verändern und die Gesellschaft erhebt täglich von den Erbsittern der Vergangenheit und sich jagenden Bestimmungen, die das Leben neu schaffen sollen.

In dieser großen Zeit, die so vieles zu begehren begann, was wir heute noch fordern, erstobte zum erstenmal der Ruf nach dem Frauenwahlrecht. Die Frauen der Republik waren Bürgerinnen wie die Männer, das Verdienst der Gerechtigkeit, Freiheit und Brüderlichkeit erwachte ihre empfindlichen Seelen mit Leidenschaft und Mut. Sollten sie diese neuen Ideale denn nur für die Männer begehren, würden sie nicht quillend vor Freude sein, wenn sie nicht für Staatsangehörige, wenn sie dem alten Regime entkommen? Der Ruf nach der weiblichen Gleichberechtigung lang schon durch das Programm der Revolution und mußte nur ausgesprochen werden, um zu leben. Begeistert erlangte er wieder und immer wieder, bis die Revolution des napoleonischen Kaiserreichs ihn erlöschte und die Fesseln löste, die die Frau von neuem zum Werkzeug der Gesellschaft und zur Dienstmagd des Mannes erniedrigen sollten. Das reaktionäre Geschlecht, der Code Napoleon, entsetzt und schmerzt die Frauen noch heute in die alte Rechtlosigkeit ein.

Doch schon ist eine andere Revolution am Werke, die kaum bemerkt unter den großen Ereignissen der französischen Revolution verschwindet. Die Dampfmaschine ist entdeckt, die Maschine hat den ersten Schritt zum Siegeszug in die Welt getan. Die kleine Werkstätte des Heimarbeiters, des Handwerkers entwickelt sich zur Fabrik und die Weibchen des Mannes, die Frau, verliert die Möglichkeit, die Erwerbsarbeit des Mannes zu unterstützen. Er ist selbst Hilfsarbeiter in der Fabrik und muß das Heim verlassen, dem er nur als Gast wiederbegegnet wird. Die Grenzen der Familien erweitern sich, dem Manne folgt die Frau in die Fabrik, die unbezahlte Gehilfin wird die entlohnte und selbständige Arbeiterin im fremden Hause des Kapitalisten. Für die Frau beginnt ein neues Leben. Früher war ihr Haus ihre Welt, der Kreis, der für sie Glück und Unglück umschloß, dem ihr Erzielen ausgeliefert war, der für sie des Daseins höchster Zweck war. Die Familie hört auf, der Mittelpunkt ihres Daseins zu sein, die Frau findet weder Schutz noch Hilfe in der Familie. Ihr Glück oder Unglück, ihr Wohlergehen oder ihr Schmerz, sie werden mehr und mehr außer dem Hause bestimmt und ihr ganzes Schicksal hängt in allen Fragen des Lebens von der Stellung der Gesellschaft ab.

Schloß wird die Frau in den Kampferkampf des wirtschaftlichen Lebens gefolgt, nichtschicksal muß sie den Kampf finden, der für sie mehr Brot und mehr Freiheit bedeutet. Ihre Mutterpflichten kann sie nur schwer und in der größten Arbeitsleistung erfüllen, sie muß täglich empfinden, wie schwer die Dreieinigkeit der Pflichten zu erfüllen ist, wenn die Frau keinen Schutz findet, der sie für ihre Mutterpflicht befreit. Wieder und wieder predigt man ihr, daß sie nicht vergessen darf, ihre heilige Funktion sei die Mutterpflicht; und täglich fühlt sie es, daß man ihr das Recht nimmt, Mutter zu sein.

Die Selbstständigkeit im Erwerbsebenen wird aber auch die Erzieherin der Frau. Sie lernt Weibchen und Dinge richtig erkennen, sie lernt sich wehren und um ihren Vorteil kämpfen. Die Zurückhaltung von eint ist nicht mehr möglich, sie muß ihren Willen stützen und ihre Energie einsetzen. Ihre Empfindungen verdrängt das Gefühl der Selbstständigkeit. Immer schwerer, sie will die wirtschaftliche Selbstständigkeit können durch die Freiheit ihres Willens und das Recht, ihr Leben selbst zu zimmern. Überall aber, wo sie selbständig handeln will, findet sie gleich zahllosen Spinnewebn alte Gewerbe, alte Institutionen, alte Sitten, die den Schritt hemmen und sie mit unüberwindlicher aber um so fühlbarer Gewalt festhalten.

Der tägliche Kampf mit der Außenwelt, der tägliche Kampf um Brot und Arbeit verstärken den leidenschaftlichen Drang nach persönlicher Freiheit. Sie fühlt, das alte Leben ist für sie vorbei, und wenn sie die Arme regen soll, dann muß sie die Enge von gestern überwinden.

Der Lohn hat ihre Arbeit höher gewertet als die unbezahlte Hilfsarbeit von ehemals, ihre Arbeit ist gesellschaftlich anerkannt und wertvoll geworden. Die Leuzende Laborschaffentinnen, die Arbeiter der Textilfabriken sind ein bedeutungsvolles Glied der Gesellschaft. Sie erzeugen Werte und schaffen Reichthümer.

Diese wirtschaftliche Revolution wird keine Reaktion überwinden, sie kennt kein Zurück, nur ein festes Vorwärts. Alle Bedingungen, die sie geschaffen, verändern sich, und die Zahl der selbständigen und erwerbenden Frauen nimmt stets zu. Aber neun Millionen Frauen in Deutschland allein haben diesen Entwicklungsprozeß an sich selbst erfahren und

die Masse, die ihn täglich erleben muß, wächst mit nie rastender Schnelligkeit.

Die Frauen erheben deshalb den alten Ruf der Revolution und fordern ihre politische Gleichberechtigung, ihre staatsbürgerliche Freiheit, sie fordern das Wahlrecht der Frau. Der Code Napoleon, seine politische Reaktion können den Ruf nicht zum Schweigen bringen. Die Frauen fordern den Lohn der Gesellschaft für die Werte, die sie der Gesellschaft geben.

Auch sie sind ein wichtiger Teil dieser Gesellschaft, auch sie leiden und ringen mit allen Schänden und Mängeln dieses Staates, kein Problem geht spurlos an ihnen vorbei. Deshalb wollen die Frauen die Gefühle der Gesellschaft, die auch ihre Geschick bestimmen, miteilen. Ihre Forderungen nach Schutz der Kinder, ihre Sehnsucht nach gutem und unentgeltlichem Unterricht, ihr Kampf um die ausreichende Ernährung der Familie führen sie immer wieder zur Forderung nach dem Frauenwahlrecht.

Mögen Loren lachen und spotten, Kleingeldläufige bezagen und kurzschichtige den Wert des Frauenwahlrechts unterschätzen; es wird trotz alledem den Siegeszug über die Welt antreten und sein Tag wird vergehen, wo es nicht mit neuer Kraft für seine Erfüllung werden wird. Die Saat ist reich und die Zeit der Ernte naht. Der Kampf, der nun überall empfindbar, wird nicht enden, bevor seine Erfüllung erlangen ist. Immer wieder öffnet neue Quellen seiner Forderung den Weg zur Erfüllung. In Gemeinderäten und Verbänden, in den Parlamenten und Gerichten zieht die Frau ein. Sie findet überall Arbeit, die sie lösen kann, weil sie den Problemen der Erziehung, der Ernährung und der Verpflegung Alter und Kranker mit mehr Verständnis gegenübersteht als der Mann. Das neue Heim, das sich die Frau schaffen soll für das eigene Heim von gestern, das ihr die wirtschaftliche Entwicklung entgegen, findet endlich die leitenden Hände der Frauen. Das Wohl ihrer Kinder wird heute weit mehr durch die Einrichtungen der Gesellschaft bestimmt als durch die Familie, und die Mutter muß erst die Gesellschaft mit ihrem Geiste erfüllen, bevor sie alle Pflichten für ihre Kinder erfüllen hat.

Das Frauenwahlrecht ist die Voraussetzung, die nicht gelangt und verfehlt werden kann; es ist die notwendige Konsequenz der wirtschaftlichen Entwicklung. Wenn der Kampf immer leidenschaftlicher aufsteht, die politischen Interessen der Frauen sich verstärken und vertiefen, so sind dies nur die Zeichen, die die nahe Erfüllung verkünden.

Der Kampf muß aber immer leidenschaftlicher und heifer entbrennen, denn noch sind nicht alle Frauen mit dem leidenschaftlichen Wunsch nach politischer Gleichberechtigung besetzt. Was die wirtschaftliche Entwicklung auch die Wege bahnen, das Ziel kann nur durch den leidenschaftlichen Kampf der Frauen erreicht werden!

Doch nicht die Frauen allein müssen die Rohendigkeit und die Mühseligkeit dieser Weiterentwicklung empfinden, die Gesellschaft selbst muß von dieser Lieberzeugung erfüllt werden. In dem heutigen Staate kann nur die Masse etwas erreichen, und wenn das Frauenwahlrecht nicht der Wunsch und die Sehnsucht der Masse wird, dann wird seine Erfüllung verögert.

Das ist die große Bedeutung der Demonstrationen, die in Deutschland und in Oesterreich am 19. März von den sozialistischen Frauen veranstaltet werden. Zum erstenmal werden nicht kleine Schichten des weiblichen Geschlechts für das Wahlrecht der Frauen eintreten, sondern die geschlossene Masse des Proletariats. Das Frauenwahlrecht tritt aus der beschränkten Sphäre weiblicher Forderungen heraus und wird zum heißen Wunsch der Millionen. Ein geschichtlicher Tag soll und wird dieser 19. März für die politische Gleichberechtigung der Frauen sein. Deshalb dürfen wir nicht rasten und nicht zucken. Noch ist es die Gleichgültigen aufzurufen und die Markthörigen zu beleben. Zum erstenmal sollen die Frauen das Maß ihrer politischen Reife zeigen, zum erstenmal soll das Proletariat zum Kampfe aufzurufen.

Das große Ziel muß erreicht werden, der 19. März soll das Präliminar des großen Kampfes für das Frauenwahlrecht werden.

Die Rechtsräuberei.

Die Selbstverwaltung der Krankenkassen wird vernichtet!

Je weiter die Verwaltung der Reichsversicherungsordnung in der Kommission des Reichstags fortgeschritten, je mehr sind die bürgerlichen Parteien beteiligt, die Leistungen nicht über die engen Grenzen der Vorlage erweitern zu lassen, noch aber noch über die Absichten der Vorlage hinaus das Selbstverwaltungsrecht der Arbeiter zu unterdrücken.

Eine Reform der Arbeiterversicherung, die nach 20 Jahren die Rechte der Arbeiter unter Vormundschaft der Unternehmer und der Ausschichtsbehörden stellt, richtet sich von selbst. Dabei muß die hinterlistige Art geteuschelt werden, in der man gegen die Arbeiter vorging.

Man enthielt der Regierungsbewusst bereits die Bestimmung, daß die Rechte der Arbeiter in der Krankenversicherung zugunsten der Unternehmer geopfert werden sollten. Aber man bot den Unternehmern die Erweiterung ihrer Rechte doch nur mit einer höheren Beitragsleistung an. Die Kommission des Reichstags vernichtete jedoch die Rechte der Arbeiter, ohne ein Entgelt von den Unternehmern

zu fordern. Sie setzte sich rückwärts über alle bisherigen Grundfälle in der Verwaltung der Arbeiterversicherung hinweg, die bisher nach dem Anteil der Leistungen die Anteilnahme an der Verwaltung besaß.

So waren bei der Zweidrittelmehrheit, zu der Unternehmer und Arbeiter je die Hälfte der Beiträge leisteten, auch die Rechte an der Verwaltung zu gleichen Teilen verteilt. In der Berufsvereinschaft nach jeder Mitwirkung der Arbeiter ausgeschlossen, weil die Unternehmer allein die Mittel für die Verwaltung aufbrachten. In der Krankenversicherung nahmen die Arbeiter zu Zweidrittel, die Unternehmer zu einem Drittel an der Verwaltung teil, weil dies der Beitragsleistung entspricht.

Durch einen brutalen Gewaltakt, dinstiert vom glücklichen Hof gegen die sozialdemokratischen Arbeiter, haben die bürgerlichen Parteien in der Reichstagskommission erreicht, daß fünfzig wichtige Verwaltungsmassnahmen nur in getrennter Abstimmung mit Zustimmung der Gruppe der Unternehmer und der Arbeiter vollzogen werden können. Christliche Arbeitervertreter, liberale Volksvertreter haben sich mit den reaktionären Vertretern der äußeren Rechte zu gemeinsamem Tun zusammengefunden. Im Plenum und auch bei der ersten Lesung der Vorlage geben sich die Vertreter der freijährigen Volkspartei und des Zentrums den Anstalten, als ob sie mit einer Veränderung der Wahl des Vorsitzenden und der Proportionalität der Arbeitervertreter sich begnügen wollten, erst in der zweiten Lesung leisteten sie die Masse und führten den verächtlichen Streich aus. Diese Beinträchtigung der Rechte der Arbeiter in der Krankenversicherung um den Wert der Reichsversicherungsordnung ganz bedeutend herabzusetzen, denn die Arbeiter haben fünfzig damit zu rechnen, daß sie über die Herabsetzung der Krankentafelbeiträge, die zu Zweidrittel von ihnen aufgebracht werden, nur noch ein winziges Mitspracherecht haben. Im Jahre 1909 wurden in den Krankentafeln 327 380 817 Mk. Beiträge aufgebracht; an der Ausgestaltung dieses Veränderungswegs, dessen Bedeutung sich schon aus der Beitragshöhe erkennen lässt, hat die Arbeiter ein Interesse, dessen jetzt die Politik angelegt werden sollen.

Die Weibchen, die Arbeiter in der Selbstverwaltung der Krankentafeln zurückzuführen, reichen weit zurück. Zunächst handelte es sich um zahlreiche Angriffe gegen die Kassenverwaltungen aus den Kreisen der Ärzte. Diese Ungleichheit mit der bisherigen Verwaltung der Kassen ist im wesentlichen auf die Streitfrage der sogenannten freien Arztwahl zurückzuführen. Infolge der immer größeren Ausdehnung der Versicherungspflicht drängten die Ärzte gegen, nicht einem bestimmten Kreis ihrer Standesangehörigen die Krankentafelpraxis zu überlassen, sondern sie allen zugänglich zu machen. Das Prinzip wurde in der Arbeiterchaft auch vielfach anerkannt, weil auch im Interesse der Versicherenden die freie Arztwahl manche Vorteile bot. So darf gesagt werden, daß die sozialdemokratischen Kassenverwaltungen die Einführung der freien Arztwahl, wenn auch nicht allgemein, so doch in erheblichem Umfang begünstigten. Allerdings ergab sich, daß dabei vielfach eine erhebliche finanzielle Belastung der Kassen eintrat, die eine Rückkehr zu den sogenannten festen Arztgehalten in den Kassen und eine beschränkte freie Arztwahl bot. Aus diesem Kampf um die freie Arztwahl resultieren die Ungleichheiten der Ärzte über die Krankentafelverwaltung, die sich in ihrer ganzen Deutlichkeit gegen die Krankentafelpraxis erhoben, weil hier der Angriff gegen die Arbeitervertretung durchsetzt werden, als in den Krankentafelkassen, wo der Einfluß der Unternehmer maßgebend war, die Arbeiter zu freizügiger, indem man eine Kassenverwaltung, die mit den Ärzten in Konflikt geriet, als sozialdemokratisch stempelte; man gewann dann die gesamte bürgerliche Partei, die vereint mit den Ärzten über den sozialdemokratischen Terrorismus geteilt und schrie, immer mit dem Refrain: Der Einfluß der sozialdemokratischen Arbeiter in den Krankentafeln muß beseitigt werden.

Eine andere Gruppe von Interessenten, die eine Veränderung in der Verwaltung der Krankentafeln ersehnen, sind die Schatzmacher, die Großunternehmer, die sich nicht damit begnügen wollen, an einer Verwaltung teilzunehmen, die für sie nicht den ausschlaggebenden Einfluß haben. Es widerspricht ihrem Verstandesprinzip, die Verwaltung in den Händen einfacher Arbeiter zu sehen, die darauf bedacht sind, die Krankentafelpraxis zu immer höherer Leistungsfähigkeit auszugestalten. Deshalb die Klagen, daß die Unternehmer bei der Verwaltung der Krankentafeln in die Minorität gedrängt werden. — Die Regierung verwarf diese Wünsche der Schatzmacher zu berücksichtigen, was ihr nunmehr gelingen wird, wie wir in einem zweiten Artikel nachweisen werden.

Politische Ueberblick.

Halle a. S., den 10. März 1911.

Der Kampf um die Reichslage.

Die einschlagbringende Verfassungsfrage ist durch eine Erklärung, die der Staatssekretär Debrück am Donnerstag namens der verbundenen Regierungen in der Reichstagskommission abgab, in ein neues Stadium getreten.

Die verbundenen Regierungen sind so wenig wie für die Republik für einen selbständigen Bundesstaat mit einem lebensfähigen Staatshalter zu haben. Sie bestehen darauf, daß der Einfluß des Kaisers auf die Reichslage, vermittelt

durch einen von ihm ernannten abberufenen Staatsrat, erhalten bleibt. Dagegen sind die Ersatz-Vorbringen drei Stimmen im Bundesrat zu gewähren unter Umständen die Befreiung einer weiteren Erklärung der preussischen Präsidents im Bundesrat nicht befehlen, so doch heringelassen.

Es sollen nämlich die Ersatz-Vorbringen Stimmen im Bundesrat dann nicht mitgezählt werden, wenn erst durch ihren Hinzutritt das Übergangsrecht auf die Seite Preussens fallen würde. Der Bundesrat, der jetzt 58 Mitglieder hat, würde also in Zukunft 61 Mitglieder zählen. Die Mehrheit beträgt 31. Wenn nun Preußen mit andern Bundesstaaten zusammen 28 Stimmen aufgebracht hat, während 30 auf der andern Seite stehen, so können die drei Ersatz-Vorbringen Stimmen durch ihr Hinzutreten nicht den Sieg der preussischen Seite entscheiden, sie werden nicht mitgezählt. Wenn umgekehrt aber 30 Mitglieder auf der preussischen Seite stehen und 28 auf der nichtpreussischen, dann kann Ersatz-Vorbringen den Sieg der nichtpreussischen Seite entscheiden, indem es seine drei Stimmen auf die Mehrheit und in die Minderheit drängt.

Das ist die Theorie. In Wirklichkeit sind Entscheidungen, die mit einer Stimme Mehrheit gefasst werden, im Bundesrat auch im letzten, wenn sie überhaupt jemals vorfallen. Und recht unwahrscheinlich ist es überdies, daß die drei Ersatz-Vorbringen Stimmen jemals gegen Preußen den Ausschlag geben könnten, da sie ja durch den vom Kaiser ernannten Staatsrat instruiert werden.

Eine weitere Einschränkung des Ersatz-Stimmrechts im Bundesrat geht dahin, daß auch im Fall einer Aenderung der Reichsverfassung die ersetzenden Stimmen nicht mitzuzählen sind. Nach Art. 78 der Reichsverfassung gilt eine Verfassungsänderung als abgelehnt, wenn sie im Bundesrat 14 Stimmen gegen sich hat. Diese Bestimmung ist getroffen, um der preussischen Regierung, die über 17 Stimmen verfügt, ein Vetorecht zu sichern. Natürlich ist es aber auch möglich, daß der Widerstand gegen die Aenderung von der andern Seite kommt, dann können beispielsweise Bayern, Württemberg, Baden und Oldenburg mit ihren insgesamt 14 Stimmen die Verfassungsänderung verhindern. In dieser Beziehung wird zum Ersatz-Vorbringen fiktiv gestellt, als die andern Staaten, wozu auch Schwaben-Baden-Pfalz oder Kappas je eine Stimme zu einer solchen Kommandiertheit beizubringen kann, sollen die Stimmen Ersatz-Vorbringen überhaupt nicht gelten. Die offizielle Begründung für diese Einschränkung, die sich darauf beruht, daß die Reichsverfassung vor dem Eintritt Ersatz-Vorbringen „verbindlich“ worden sei, kann als fiktiv nicht anerkannt werden.

Hauptfrage und Hauptfrage bleibt inwiefern: Sollen die drei Bundesratsmitglieder für Ersatz-Vorbringen die Wünsche des Landes selbst vertreten oder aber die Wünsche, die in Berlin in bezug auf das Land eingebracht werden? In dem Zusammenhang Preussens, daß die reichsständlichen Stimmen auf der preussischen Seite nicht mitgezählt werden sollen, liegt zugleich die Anerkennung, daß diese Stimmen von Preußen nicht unabhängig sein werden. Denn wären sie unabhängig, dann könnten sie auf der preussischen Seite genau ebenso gelten wie auf der nichtpreussischen.

Nach der Erklärung des Staatssekretärs Delbrück macht die Regierung die Konzeption der drei Bundesratsstimmen nur, wenn die Stellung des Kaisers unverändert bleibt. Nimmt der Reichstag Änderungen zugunsten der kaiserlichen Stellung vor, steht die Konzeption wegen der Zurückweisung zum Bundesratsstimmen zurück. In den Realitäten der Welt geht es um die Stellungnahme schlagend zu werden, vertagte sich die Kommission, ohne in eine förmliche Debatte eingetreten zu sein, auf Mittwoch nächster Woche.

Soll das Volk irgendeinen Einfluß auf die Initiierung der drei Bundesratsstimmen bekommen, so müßte wenigstens eine wirkliche Volksvertretung in der sogenannten Zweiten Kammer gefordert sein. Die Frage nach dem Wert der drei reichsständlichen Bundesratsstimmen spielt auf diese Weise in ein anderes Gebiet des Verfassungswesens hinüber, und auf diesem Gebiet wird wohl jetzt auch die Hauptrolle des reichsständlichen Verfassungstages spielen. Es geht jetzt in erster Linie um die Stellung und die Zusammenfassung der Zweiten Kammer. Gelingt es, diese Kammer zur wirklichen Volksammer zu machen, und ihr eine maßgebende Stellung in der reichsständlichen Politik zu verschaffen, dann könnten sich am Ende auch die drei reichsständlichen Bundesratsmitglieder mit der Zeit aus preussischen Staatsräubern zu wirklichen Vertretern der Landesinteressen umbilden. Bei uns aber ist der Kaiser der Herrscher der Zweiten Kammer und bei den Beschränkungen des Wahlrechts der Zweiten, dann sind auch die drei Stimmen im Bundesrat wertlos, dann ist der ganze Verfassungsentwurf wertlos, dann bleibt Ersatz-Vorbringen mit seinen Bundesratsvertretern und seiner

Verfassung eben doch bloß eine preussische Satrapie. Und das ist ja auch beabsichtigt.

Das Wichtigste wäre es sicherlich, wenn der Reichstag dem Innehaber des Bundesrats sein eigenes Innehaberamt entgegenstellen würde. Das ist aber auf keinen Fall zu erwarten, denn die bürgerlichen Mittelstände haben bereits ihren Willen zu erkennen gegeben, die „Prärie der Verhängnis“ zu betreten, um doch das berüchtete „etwas“ zustande kommen zu lassen. Sie werden sich dazu verstehen, in der Frage der Ersten Kammer und des Wahlrechts reaktionären Wünschen zu willfahren, auf das das Volk des Reichslandes geprellt und die preussische Präsidents wiederum verführt werde.

Kapital und Arbeit.

Der Professor der Staatswissenschaften an der Kaiser-Wirtschaftsuniversität, Dr. A. Weber, hat kürzlich bei J. C. K. Mohr eine umfassende Arbeit veröffentlicht, die sich alle Fragen des sozialen Kampfes freilegt. Der Zweck dieser Schrift besteht natürlich in dem Kampfe gegen den Sozialismus, insbesondere gegen den schon längst „überlebten“ Marxismus. Die Waffen, die der Herr Professor in seinem unerbittlichen Kampfe anwendet, sind der Nützlichkeitslehre der bürgerlichen Professorenschaft und der rechtsintuitiven Weisheit entnommen. Auf eine längere Auseinandersetzung mit dem Herrn Professor wollen wir verzichten. Nur zwei Bemerkungen möchten wir machen.

Die höchsten Einwendungen der Marx-Kritiker beziehen sich auf die sogenannte „Verelendungstheorie“. Es ist längst bewiesen, daß Marx mit seiner Behauptung über die Verelendung der Arbeiterklasse nur die Tendenz der wirtschaftlichen Entwicklung ausdrücken wollte, eine Tendenz, die andere Momente entgegenzutreten, zeitweise gar aufheben. Wer wird aber jetzt angeführt, der eingetretenen Tendenz noch behaupten wollen, daß sich die Lage der Arbeiterklasse in der letzten Zeit nicht tatsächlich bedeutend verschlechtert hat? Ein kleines Zahlenbeispiel ergibt uns das zu bekräftigen. Nach den Angaben des Statistischen Reichsamtes bewegte sich die Preis der Lebensmittel seit 1900 wie folgt:

1870	1900	100	100 (1875)
1870	100	100	100
1900	88	69	121
1905	80	82	134
1906	111	96	156

Die Lebensmittelpreise sind also um rund 30 Proz. gestiegen. Dagegen war der durchschnittliche Arbeitslohn im Dortmunder Bezirk:

1900	4.18
1905	4.08
1906	4.43

Der Arbeitslohn ist also um 7 Proz. gestiegen; der reale Lohn ist somit sehr bedeutend zurückgegangen. Eine Erhöhung des Sozialarbeiterlohnes um 15 Prozent würde folglich den Reallohn nicht einmal auf seiner Höhe von 1904 bringen!

Mit Stolz weist ferner Professor Weber darauf hin, daß die angebliche Marxistische Theorie der Reservearmee durch die Tatsache der Entwidlung widerlegt worden ist. Die Reservearmee habe nicht abgenommen. In einem inoffiziellen Bericht, herausgegeben von dem Statistischen Reichsamte, Band 1, 6. Auflage, S. 674, die industrielle Reserve aus dem Jahre, dem Professor Weber sollte hier Marx wieder huldieren, denn 1870 betrug die Reserve aus dem Jahre, die industrielle Reserve, auf einer gewissen Stufe der Entwicklung angelangt, sich auf Kosten der landwirtschaftlichen vermehrt, ebenso oft bekannt, wie Herrn Professor Weber. Nur verstand er, die Tatsache zu analysieren und zu erklären, was man über unsere Reserve nicht sagen kann.

Zum Schluß meint Professor Weber, daß der Kampf zwischen den Arbeitern und Unternehmern weitergehen wird. „Geben wir beiden wieder immer härtere, immer erbittertere Kämpfe“. Darin hat er gewiß Recht. Und diese Tatsache müßte ihn doch veranlassen, einmal nachzudenken, ob nicht wirkliche Ursachen diesen Kampf notwendig machen. Er weiß allerdings ein Mittel, um die „großen, tiefen Gegenstände“ zu überwinden. „Nur ein Mittel kenne ich“, sagt er, „mit dem es möglich ist, einen sozialen Kampf zu finden, einen sozialen Frieden anzubahnen: klare, unbefangene Erkenntnis des sozialwirtschaftlichen Seins und Werdens!“ Auch wir wünschen: klare, unbefangene Erkenntnis. Doch kann man sie leider nicht aus Webers Werk holen.

Das Schicksal der Strafprozeßreform.

Im Gegensatz zu der Meinung, daß die Regierung nicht mit einem Aufschubkommen der Strafprozeßreform in dieser Session rechnen, wird der Ausschuss der zuständigen Stelle erklärt, daß die Regierung nach wie vor den größten

Wert darauf lege, daß die Strafprozeßreform in der laufenden Session verabschiedet wird und auch keineswegs der Meinung ist, daß die Beschäftigung des Reichstages eine Beschäftigung des Reichstages sei. Allerdings wird der Reichstag sich bei der Entscheidung nachgerade einige Beschränkung auferlegen müssen.

Letzteres ist ein etwas unbefangenes Urteilen. In früheren Jahren begann die zweite Lesung des Etats stets Mitte Januar, diesmal nahm die Beratung erst am 18. Februar ihren Anfang, also volle vier Wochen später. Daß die Regierung den Wunsch hat, die Beratung des Etats zu verzögern, ist zu verstehen; die Kritik soll möglichst beschränkt werden. Die Kritik wird man mit diesem Wunsch zunächst nicht haben.

Modernisierungsverfolgung in Sachsen.

Wie wir gestern schon meldeten, ist auf Anordnung des sächsischen Ministeriums des Kultus und des öffentlichen Unterrichts in Dresden eine große Anzahl von Lehrern amtlich vernommen worden, die am 31. Januar in Dresden an einer von sozialdemokratischer Seite einberufenen Versammlung teilgenommen hatten, die sich mit der Frage der Volksschulreform beschäftigte. Die Lehrer wurden gefragt, ob sie „aus freien Stücken“ an der Verformung teilgenommen, ob sie den sozialdemokratischen Ausführungen im allgemeinen zugestimmt hätten und für die Annahme der vorliegenden Resolution eingetreten seien. Ueber die Reden der Lehrer in der Versammlung lagen bei den Vernommungen vollständige Notizen vor. Nachstehend sind es einige der wichtigsten Verhältnisse gegen solche Lehrer zusammen. Sachsen ist ein rein protestantisches Land und nirgends ist die moralische Unterstützung über den Modernisierungs der katholischen Schwärze größer als unter den sächsischen evangelischen Orthodoxen. Aber die Begeisterung für evangelische Wissenschaftlichkeit hindert die Herrschaften, wie man sieht, nicht im mindesten, auch im protestantischen Sachsenlande ein Feuer anzuzünden, auf dem man die „fremden Keper“ mit echt jüdischer Gemütslichkeit schmoren kann.

Es handelt sich um Lehrer, die sich nicht einmal zur Sozialdemokratie bekennen, sondern die nur das Bedürfnis fühlen, die Meinung der großen Partei ihres Landes in einer sie besonders interessierenden Frage kennen zu lernen. Das ist in den Augen der sächsischen Republikaner schon ein feines Verbrechen. Es wird aber noch dadurch verstärkt, daß die Ungläubigen die Antwort befehlen haben, in einer bestimmten Frage mit der Unsturzpartei teilweise übereinzustimmen!

Man kann also den sächsischen Lehrern nur den Rat geben, katholisch zu werden und den Modernisierungs zu schwören. Das wäre demnach noch eine Frucht in die Freiheit!

Reichseingangsamt.

In der Diskussions-Verein der Gesellschaft für soziale Arbeiterfragen, Staatsminister, A. D. Richter, v. Berlin, am Mittwoch über das Reichseingangsamt. Nach einem Hinweis auf die Unternehmern und Arbeiterorganisationen, die bei Lohnkämpfen einander feindselig gegenüberstehen, führte der Herr Richter aus: Wie bei Konflikten zwischen Staaten durch die abgeschlossenen Allianzen zu befürchten sei, daß ein Krieg andere Nationen mit hineinziehe, so auch bei den wirtschaftlichen Kämpfen. Weit über den Kreis der eigentlichen Interessenten würden die Erwerbsgruppen in Mit-Leidenenschaft gezogen, und so habe der Seehandel nahegelegenen, diesem Zustande ein Ende zu machen. Es gelte daher, eine Anbahnung zu schaffen, die nicht nur besagt, sondern verpflichtet sei, in solche Streitigkeiten einzugreifen, sie zu schlichten oder gar zu verhindern. Eine solche Anbahnung solle nach dem Reichseingangsamt ein solches Amt bilden. Das Gewerbeamt aber müsse erst angefaßt werden und bestreue nur lokalen Charakter. Es könne auch nur Recht sprechen, aber nicht Recht schaffen. Anders das gewählte Amt. Es solle eine förmliche, öffentlich rechtliche Vermittlerstelle sein und bei drohenden Streiks oder Auspörrungen sofort eingreifen. Es wäre dem Reichsamt des Innern unterzuordnen und mit der Abteilung für Arbeiterstatistik des Reichsjustizamtlichen Amtes in Verbindung zu bringen.

Deutsches Reich.

In der Kurpfälzerei-Kommission wurde am Donnerstag das Verbot für nichtproletarische Personen, leghenartige Sentenzen (Kauf, Verkauf, Erbschaft, Vererbung, Erbschaft und Vererbung) zu tätigen, eingehend behandelt. Die Mehrheit der Kommission trat auf den Boden der Regierungsvorlage. Unsere Genossen kündigten an, wenn die nicht-

Kleines Feuilleton.

Bar Frage der Kalenderreform.

Die Einsicht in die Unzulänglichkeit einer Umgestaltung unter vernommenen Kalenderverhältnisse macht solche Fortschritte. Nachdem jähmt der Schweizer Bundesrat bei den Vätern die Abhaltung einer Konferenz zur Regelung dieser Frage angeregt hat, hat in ein offenes Unterhaus der Abgeordnete Pearce einen gleichartigen Vorschlag gemacht. Hauptfrage dabei ist immer die Ausdehnung des 365. bzw. in Schaltjahren auch des 366. Tages aus der Wochen- und Monatsrechnung. Dadurch würden 304 Tage bleiben, die man entweder bei der Berechnung der Monate oder bei der Fortschritte, Februar 1908) dem Gewissen haben lassen gemacht und jetzt von Pearce wiederholten Vorschlag in vier gleiche Vierteljahre zu 91 Tagen mit je einem Monat von 31 und zwei Monaten zu 30 Tagen einteilen, oder aus denen man, nach einem jüngst gemachten Vorschlag, 15 Monate zu 28 Tagen machen könnte. Eventuell läßt sich der 13. Monat in vier Wochen einteilen, die auf die einzelnen Vierteljahre verteilt würden. Der Vorteil wäre dann, daß Wochen- und Monatslänge immer übereinstimmen und mit der Reihenfolge der ersten auch das Monatsdatum (1. bis 7., 8. bis 14. usw.) immer gegeben wäre. Der 365. Tag wäre vor den 1. Januar, der 366. hinter den letzten Juni einzufügen, ohne in der Feierstage ergäbe sich dabei ebenfalls mit Leichtigkeit. So hat auch der internationale Kongreß der Handelskammern und der englische Handels- und Gewerbeamtstag sich für die Reform ausgesprochen, die sich, neben ihren sonstigen praktischen Vorteilen, die Internationalen Union der Arbeiter, durch Annahme der Reform durch die Staaten der verschiedenen Kalenderverhältnisse, erleichtern würde.

Preise und Arbeitslöhne im alten Rom.

Wie einigebilligt, sofenen aus dem Altertum, das sowohl über Lebensmittelpreise als über Arbeitslöhne amtliche Auskunft gibt, besitzen wir das im Jahre 801 unserer Zeitrechnung erlassene Edikt des Kaisers Diokletian. „o pretium rerum

venolium“. Diese Verordnung über die Warenpreise hatte den Zweck, die oberste Grenze der Preise festzusetzen und sollte, wie ausdrücklich erklärt wird, keineswegs die Regel darstellen, da in einigen Provinzen die Warenpreise nicht nur niedriger, sondern auch höher als in anderen waren. In dieser Hinsicht wurde die Preise herabgesetzt. Anmerken hierbei, daß die Festsetzung eines außerordentlich wertvollen Beitrag zur Beurteilung der sozialen Verhältnisse im späten Altertum. Wir erfahren da, auf unterer Wange und Gewichtsverhältnis umgerechnet, daß ein Getreideträger im Maximum 630 Mt., also etwa die Hälfte dessen, sollte, was heute dafür gezahlt wird. Schinken und Geflügel waren ebenfalls im Maximum 1050 Mt. maximiert. Schweinefleisch sollte das Kilogramm 60 Pf. kosten, das beste gepökelte vor auf 88 Pf. betragen. Schinken kostete 10 Pf. das Kilogramm, Rindfleisch hingegen nur 24 Pf. Von Wild und Geflügel kosteten ein Schweinefleisch 10 Pf., ein Huhn 10 Pf., ein Truthuhn 11 bis 12 Pf., ein Malz 10 Pf., das Kilogramm frisiert. Das in Italien viel verwendete Getreide kostete nach Güte 40 Pf. bis 130 Pf. das Liter. Im Gegensatz zu heute fanden See-Fische höher als Rindfleisch in Preise; sie sollten zwischen 88-132 Pf. betragen, die besten 44-88 Pf. das Kilo. Fleisch sollte zwischen 10 Pf. und 100 Pf. betragen, das beste 10 Pf. betragen. Wenn wir jetzt noch erwähnen, daß Dinkel den höchsten Preis für gewöhnliches Landwein in auf 27 Pf. den Preis für bessere Wein jedoch zwischen 54 bis 100 Pf. pro Liter normiert wissen sollte, so können wir zu dem Schluß, daß die Lebensmittelpreise vor 1600 Jahren im Durchschnitt etwa halb so hoch waren wie zu unserer Zeit. Im anderen Hand es um die Preise für Kleiderstoffe. Zwar war das Schweben verhältnismäßig billig; Stoff für Kleider und Bänder sollten 2,16 Mt., Schuhe für Patrikler 2,40 Mt. kosten. Doch waren für eine Dalmatiner, ein kleines Mannsunterkleid, Preise von 27-180 Mt. bezeichnet, während kleine Leberkleber für Frauen zwischen 31 und 162 Mt. kosteten. Gewöhnliche Unterkleider kosteten zwischen 11 bis 18 Mt. Bei diesen verhältnismäßig hohen Preisen ist allerdings zu berücksichtigen, daß man damals Arbeitslöhne viel länger frag als heute und womöglich in einer Generation auf die andere vererbte.

Die Arbeitslöhne waren dazugegen niedrig. Kubet

freier Kost erhielt ein Landarbeiter täglich 45 Pf., ein Hirt 36 Pf., ein Maurer 90 Pf., ein Stellmacher und ein Schmied gleichfalls 90 Pf. Nur entlohnt waren die Wandmalerei, die auch der Reichhaltig 270 Mt. bekamen.

Alles in allem zeigt die Diokletianische Tabelle, daß auf seiner Hände Arbeit angelegene Proletarier im alten Rom ebenso wenig auf Kosten arbeitete war, wie sein Zeidensgefährt im 20. Jahrhundert.

Ein Engländer vor 170000 Jahren.

Einen interessanten Beitrag zu den dunklen Fragen über das Alter des Menschentums hat der Professor am Londoner College of Surgeons Arthur Keith in einem Vortrag, der sich mit dem Streitpunkt des sogenannten Galley Hill-Menschen beschäftigt. Es handelt sich um die Knochen eines menschlichen Körpers, der im Boden des Thematicles bei Galley Hill in der Grafschaft Kent gefunden wurde. Er ist 170000 Jahre alt, das heißt, er ist 170000 Jahre alt. Die Knochen sind so alt, daß sie sich auf Grund der Abmessungen der Elemente bestimmen lassen. Nach der niedrigsten Schätzung muß man annehmen, daß sich das Thematicles um wenigstens 170 000 Jahre vor unserer Zeitrechnung an dem Ort gefunden wurde, in dem der Fund gemacht wurde, die Erde nach der Eiszeit abgelagert worden. Wenn man nun, wie wenig sich das Niveau und das Aussehen des Thematicles seit der römischen Periode verändert hat und daß sein Grund vorhanden ist, anzunehmen, daß Veränderungen des Niveaus oder des Klimas den Aufstau in früheren Zeiten vorhergefallen hätten, so kann man mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß der Fund für jeden Fuß, den sein Niveau sich seitdem angehoben hat, um 1000 Jahre vor der Grundlager dieser Annahme läßt sich das Alter des Thematicles von Galley Hill auf 170 000 Jahre bestimmen. Eine Bestätigung der Knochen ergibt nun, wie alt der noch heute gültige Typus des Menschen ist. Der Galley Hill-Mensch ist, wenn auch in einzelnen Zügen verschieden, so doch im wesentlichen ein Mensch des modernen Menschen gleich. Dieser „Engländer vor 170 000 Jahren“ ist der einzige bekannte Vertreter der Laute von Generationen Engländern, die in der gemäßigten Periode vor der Eiszeit bis zur neolithischen Epoche in Europa lebten.

aprobieren Personen von der Behandlung dieser Krankheiten ausgeschlossen sein, müsse gefordert werden, daß den Ärzten die Verpflichtung zur Behandlung in diesen Fällen aufzuerlegen sei. Die Bestimmung wurde in der Sitzung der Regierungsvorlage angenommen und reaktionell in Absatz 1 § 3a umgewandelt.

Dann beschloß die Kommission die Bestimmung, die den nichtaprobieren Personen die Behandlung von Geschlechtskrankheiten verbietet. Die Regierungsvorlage bestimmte, daß die Behandlung aller Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane, von Syphilis, Schanker und Tripper, auch wenn sie an anderen Körperstellen auftreten, verboten sein soll. Wegen dieser ungemüßlich dehnbare Bestimmung wandten sich unsere Genossen und die Antifemiten mit einschränkenden Vorschlägen. Daß dem antifeinlichen Vorschlag soll nichtaprobieren Personen die Behandlung aller anstehenden Geschlechtskrankheiten verboten werden; der sozialdemokratische Vorschlag wollte das Verbot nur auf die Behandlung von Syphilis, Schanker und Tripper beschränken. Unter Ablehnung dieser Vorschläge wurde die Regierungsvorlage gegen die Stimmen des Zentrums und der unteeren Genossen angenommen.

— Die Schiffahrtsabgaben kommen! Die Reichstagskommission für die Schiffahrtsabgaben hat mehrfach getagt und gestern den ersten Beschluß gefaßt. Die Bestimmung ergab die Ablehnung sämtlicher zu Artikel 1 geschickten Änderungsanträge, darunter auch des sozialdemokratischen Antrags, der verbindlich wollte, daß bei einer Vereinbarung mit Holland und Oesterreich diesen Ländern günstigere Bedingungen geboten würden, als der inländischen Schiffahrt. Mit 19 gegen 10 Stimmen wurde dann die Befreiung der verfassungsmäßigen Abgabenfreiheit für die Schiffahrt beschlossen. Dafür stimmten die Vertreter des Zentrums, der Konserverativen, der Wirtschaftlichen Vereinigung und von den Nationalliberalen die Abg. Hauptmann-Gannover und Wegel und ferner der Abg. Hauptmann-Württemberg. Die Minderheit setzte sich aus den übrigen Nationalliberalen, den Volksparteilern, Sozialdemokraten und Polen zusammen.

Die volksfeindliche Mehrheit des fest zusammenhaltenden schwarzblauen Blocks wurde wiederum durch Splitter von Nationalliberalen und Fortschrittlichen verhäßt.

Oesterreich-Ungarn.

Die Sozialdemokratie marschirt.

Am Mittwoch wurden in Böhmen zwei Kreiswahlen für den Reichsrat vorgenommen. Sie führten zu überraschenden Ergebnissen, bei denen die Sozialdemokratie an erster Stelle steht. Im Wenzelsburger Wahlbezirk erhielt Genosse Dr. Bruno Karpelcs 4125 Stimmen, Langenhan (Verein. Bürgerl.) 3748 Stimmen, Fergschel (Christlich-sozial) 909 Stimmen. Eine glänzende Zunahme der Stimmen erzielte die Partei im Hartmaniger Wahlbezirk. Auf Genossen Anton Weber vereinigten sich 4093 Stimmen, der Agrarier Paulid erhielt 2740 und der Christlichsozialer Winter 2121 Stimmen. Bei der vorigen Wahl erhielt die Sozialdemokratie in diesem Bezirk nur 2458 Stimmen.

Ein neues Vereinsgesetz.

Im Abgeordnetenschuße hat die Regierung einen Gesetzesentwurf eingebracht, der die Ausübung des Vereins- und Versammlungswesens betrifft. Der Entwurf bringt mehrfache Einschränkungen und Vereinfachungen des Vereinswesens, insbesondere die Aufhebung der Kategorie der politischen Vereine und den Wegfall jeder Einschränkung des Vereinsrechts für Frauen.

Die Ausweisung tschechischer Arbeiter aus Böhmen hat in letzter Zeit in gesetzgebenden Körperschaften Oesterreichs mehrfach mit Recht eine scharfe Kritik erfahren. Im Zusammenhang damit wurde die Meldung verbreitet, der Prager Magistrat habe als Antwort auf die rigorose

preussische Ausweisungsexpatriation sämtlichen deutschsprechenden Böhmen geantwortet, die der Stadt Prag gehörende Wohnungen inne haben. Der Prager Magistrat hat jetzt auf Anfrage erklärt, daß aus diesem Grunde keine einzige Kündigung erfolgt sei, sondern daß dafür andere Gründe völlig unpolitischer Art bestimmend gewesen seien. In Prager Gemeindefürsorgebüros, denen auch im letzten Termin nicht geantwortet worden sei.

Um der Wahrheit willen haben wir auch von dieser Erklärung Notiz genommen.

Amerika.

Die Mobilisierung gegen Mexiko.

Daß die Zusammensetzung von amerikanischen Truppen an der mexicanischen Grenze mit den revolutionären Wirren und den anarchischen Zuständen, die gegenwärtig in Mexiko herrschen, im Zusammenhang steht oder durch sie bedingt ist, darüber besteht kein Zweifel mehr. Das wird sogar von der amerikanischen Regierung offen zugegeben. Nur weiß man nicht, ob die etwa eintretende Intervention der Vereinigten Staaten auf Wunsch des debrängten Diktators Diaz oder aus eigenem Antriebe geschieht. Neben dem Präsidenten Diaz sind die verschiedensten Gerüchte im Umlauf. Nach dem einen soll er schwer erkrankt, nach einem andern bereits tot sein. Es ist ohne weiteres klar, daß sich ein Regierungswechsel in Mexiko, mag er nun durch den Sturz oder den Tod des Tyrannen Diaz herbeigeführt werden, nicht so glatt und ohne inneren Wirren vollziehen wird. Und das ist es, was die in Mexiko interessierten amerikanischen Kapitalisten, worunter das bekannte *Carjones*-Syndikat an erster Stelle steht, besonders fürchten, wie wir schon gestern dargelegt haben. Unter Diaz regierte läßt es sich für das amerikanische Ausbeuterthum gut sehen; da sieht die Aneignung in ippischer Wüste, da lassen sich die Millionen im Hundsmulden „erdichten“, bekommen aber die Revolutionäre das Zeit in die Hände, reißt eine allgemeine Anarchie im Lande ein, so können sich diese böllischen Zustände ganz plötzlich ändern. Das zu verhindern, daran haben die amerikanischen Kapitalisten natürlich das größte persönliche Interesse. — Auch in England teilt man die Ansicht, daß die Vereinigten Staaten durch ihre Mobilisierung eventuellen Unruhen, die beim Tode des Präsidenten Diaz ausbrechen könnten, vorbeugen wollen. Diaz sei bei seinen Landsleuten weniger beliebt, als bei den Amerikanern, und die Meldung, daß 90 von 100 Mexikanern beim Tode Diaz' die Gelegenheit ergreifen werden, um sich von dem von ihm eingeführten autokratischen System zu befreien, scheint vollkommen zutreffend. Die Lasten der Mobilisierung werden auf etwa sechs Millionen Mark geschätzt, und es ist ganz klar, daß sich die Vereinigten Staaten diese Kosten nicht ohne triftigen Grund machen. Amerika habe über sechs Milliarden Mark in Mexiko investiert, und dies sei wohl der Grund, weshalb sie Diaz und sein grausames autokratisches System unterstützen haben.

In Washington hofft man, die Ansammlung von 20 000 Mann in Texas und eines Geschwaders im Pacific und im Golf von Mexiko werde Angriff auf amerikanisches Eigentum verhindern. Die mexicanische Bevölkerung demotiviert die Behauptung, daß Diaz eine amerikanische Demontierung erbeten habe. Die amerikanische Regierung betreibt die Arbeit einer ewigen Anexion Mexicos. Singsen sei man entschlossen, die Idee gewisser Revolutionäre, Mexiko und andere zentralamerikanische Republiken in einer Konföderation zu vereinigen, wegen der Verdröhung der Interessen der Vereinigten Staaten, besonders in Panama nicht zu dulden. Würde ein Eingreifen der Union in Mexiko aber überflüssig, dann habe die ganze Mobilisierung gleich als eine „Wanderbewegung“ gegen Teils einen gewissen Zweck erfüllt.

Neben die Truppenmobilisierung in Texas liegen nach folgende Einzelheiten vor: Die Truppen sind entgegen dem sonst in Panamakanien üblichen Brauch mit scharfen Patronen ausgerüstet. 38 Kompanien der an der atlantischen Küste stationierten Infanterie sind nach Colofonso abgegangen, um einzuweilen dort als Infanterie verwendet zu werden. Insgesamt werden 20 000 Marineinfanteristen an der pacifischen Küste

beordert werden, zu dem pacifischen Kreuzergeschwader zu stoßen, das vor San Pedro und San Diego stationiert ist. Während in Berlin an amtlicher Stelle noch feierlich Nachrichten vorliegen, die die Zustände in Mexiko bedrohlich erscheinen lassen, meldet die *Frfr. Zig.* aus New York, daß die Stadt Mexiko telegraphisch nicht mehr zu erreichen sei. Weber, Prägenanturen noch einzelne Befehle konnten nach 1/2 Uhr mit einer Anfrage nach der Hauptstadt durchdringen.

London, 10. März. Die Times berichten aus Washington: Die Lage in Mexiko ist unverständlich. Amtlichen Berichten zufolge vollzieht sich die Konzentration der amerikanischen Truppen an der Nordwestgrenze in normaler Weise, obgleich sich niemand über die tatsächliche Bewegung der amerikanischen Truppen äußert, scheint man doch nicht zu befürchten, daß diese Truppenkonzentration die Vorläufer einer neuer Ereignisse sind.

New York, 10. März. Präsident Taft versicherte dem mexicanischen Botschafter, die Truppenbewegungen würden ohne jede feindselige Absicht unternommen. (2) Hier wird vermutet, daß Taft eine baldige Intervention in Mexiko für notwendig hält, um Europa zu zeigen, daß die Vereinigten Staaten imstande sind, selbst Ordnung zu schaffen und daß ein europäisches Eingreifen unnötig und unerwünscht ist.

Aus der Partei.

Gemeindevorwahlen.

Bei der Gemeindevorwahl für die dritte Abteilung in Innen der Dortmund-erwählten untere Genossen einen glänzenden Sieg. Die drei sozialdemokratischen Kandidaten wurden mit 614 Stimmen gewählt. Die Liberalen brachten es auf 313, das Zentrum auf 242 Stimmen.

Im vorigen Jahre war diese drei Mandate für unzulässig erklärt worden, aber trotz verzögerlicher Antritte der Gegner ist es nicht gelungen, der Arbeiterchaft den Eintritt in das Gemeindeparlament zu verweigern.

Gerühmter fleischer Kampf gegen uns.

Am Abend des 8. Januar brachten die Arbeiterfänger in Braunschweig dem Gemeindevorwahlen Brenner, der am folgenden Tage eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten auszusitzen hatte, ein Ständchen und einer der Sänger richtete einige Abschiedsworte an ihn. Der Webner und auch der Dirigent wurden darauf mit Strafmandaten in der Höhe von je 30 Mark bedacht. Auf eingeleitete Berufung hob das Schöffengericht die Strafe gegen den Dirigenten auf, ließ es aber bei den 30 Mark gegen den Webner; es liegt eine nicht genehmigte öffentliche Versammlung unter Strafe, wor es seien „politische Angelegenheiten“ erörtert worden und die Demonstration sei „gegen die Staatsinteressen“ gerichtet gewesen. Ein wirklich glorioser Reichsvereinsgeist, das solche Herrlichkeiten möglich macht.

Die Bonner Souffler und die Kritik.

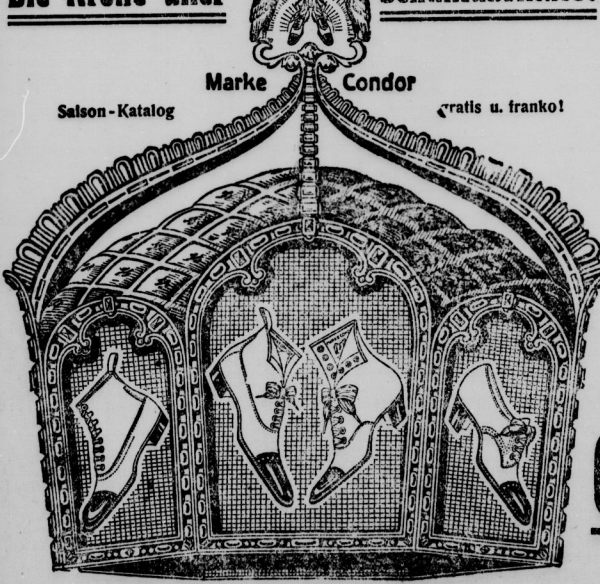
Die Strafkammer des städtischen Landgerichts beurteilte den „verdammtlichen“ Redakteur der *Schlesisch-Polnischen Volkszeitung*, Genossen Henschel, wegen angeblicher „Beleidigung“ der Staatsanwaltschaft und Richter des Bonner Landgerichts in zwei Fällen zu vier Monaten Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte sechs Monate Gefängnis beantragt oder in dem Falle, daß das Gericht den bisher unbestraften Angeklagten nicht gleich zu einer Freiheitsstrafe verurteilen wolle, 2000 Mark Geldstrafe. „Beleidigungen“ wurden erwidert in Gegenüberstellungen von schweren Urteilen des Dortmund-Schwererichts und der Meier Strafkammer mit dem bekannten Urteil in dem Bonner Vorwurfsprozeß.

Verantwortlich für *Politik*, Politische Ueberliefer, Parteinachrichten Paul Hennig für *Waldland*, Gemeindefürsorge, Feuilleton und Bemerkliches Karl Bod, Lokales Otto Riebuch, Provinziales und Versammlungsberichte Otto Kasparek, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfaßt 12 Seiten.

Die Krone aller

Schuhfabrikate!



- Konfirmanden - Stiefel für Mädchen u. Knaben in denkbar grüster Auswahl . . . Mk. 14,50, 12,50, 10,50, 9,80, 7,50, 6,50, 5,50, 4⁵⁰
- Berufs - Stiefel derbe, genagelte Ware (Schnür- und Zugstiefel) . . . 7,50, 6,50, 5,50, 4⁵⁰
- Schnallenstiefel in bequemen Fassons . . . 9,80, 6,90, 5⁵⁰
- Schaftstiefel aus kernigem Material . . . 8,90, 7,90, 7²⁰
- Frauen - Stiefel für die Arbeit, genagelter Boden . . . 6,20, 5,20, 4⁹⁰

Unsere Frühjahrs-Neuheiten, Damen- u. Herrenstiefel in braun und schwarz, sind eingetroffen.

Unser Condor-Patent-Stiefel, ein Herren-Schnürstiefel ohne zu schnüren, ist und bleibt der anerkannt beste und bequemste Stiefel der Gegenwart. Nur bei uns zu haben.

Conrad Tack & Cie.

Verkaufshaus Halle: nur Schmeerstr. 1.

3 Könige

Kl. Klausstr. 7.
Sonntag, von nachmittags
6 Uhr ab

**Humoristischer
Familien-Abend.
Jecht.**

Gute Küche. Feine Biere.

**Sangerhausen.
Herrenkrug.**
Sonntag, Sonntag, u. Montag
Gr. Gesangskonzert
— Duettistenpaar Bachmann
— Es lobet freudig, mit ein
Fritz Stiglitz.

!Rosfleisch!

Diese Woche wieder ff.
Alles übrige wie bekannt nur delikat bei
A. Thurm,
Reilstrasse 10.

Bei Husten u. Heiserkeit
verlangt
Indra-Katarrh-Bonbons
von Mentha-Genzsch.
13 Stücken in Halle a. S.

Tafel- u. Kaffeegeschirre

Restposten:

Einzelne Teile **echt Porzellan** von
Kaffee- u. Tafelgeschirren bringen wir von
Sonntag sehr preiswert zum Verkauf.

Fortsetzung
des billigen
Konserven-
Verkaufs.

M. BÄR

Nacht.

Apfelsinen 10 Stüd 25 Pf.
Zitronen 10 Stüd 25 Pf.
Blumenkohl Kopf 6 Pf.

Zum Ausschauen:

Serie I II III IV
38 Pf. 28 Pf. 18 Pf. 8 Pf.

Nordsee.

Besonders preiswert:
Hering in Gelee 1 Dose 24 Pf.
do. do. 2 Dose 58 Pf.
do. do. 4 Dose 115 Pf.
do. do. 6 Dose 195 Pf.
Bismarckheringe ovale 55 Pf.
do. 1 Liter 85 Pf.
do. 10-12 Stüd 125 Pf.
do. 20-25 Stüd 195 Pf.
do. 4 Liter 40 Stüd 195 Pf.
Rollmops Berliner 1 Dose 10 Pf.
do. 1 Liter-Dose 80 Pf.
do. 2 Liter-Dose 125 Pf.
do. 4 Liter-Dose 195 Pf.
Bratlinge 8 St. Dose 220 Pf.
do. 4 St. Dose 120 Pf.
do. 20 St. Dose 220 Pf.
Bratlinge 8 St. Dose 225 Pf.
do. 4 St. Dose 110 Pf.
do. 2 St. Dose 95 Pf.
Seeaal in Gelee 4 Dose 195 Pf.
Alles nur prima Ware.
Sobald vergriffen:
8000 große Sprotten
per Kiste nur 72 Pf.
Pa. Bäcklinge 8 St. nur 75 Pf.
Makrelenbäcklinge
3 Stüd nur 25 Pf.

„Nordsee“
Grösste Hochseefischerei Deutschl.
Eigene Mähererei.
Eigene Fischkondensfabrik.

Wohnungs- Einrichtungen

in nur selbster Ausführung
zu
M. 400 500 600 700 800 etc.
empfeht
G. Schalbe,
Gr. eigene Werkstätten,
Gr. Märkerstr. 26.
Kataloge gratis und franco.

Guterhaltene Küchenrichtung,
Teile in Wolltapete, Tisch und
Sofa umständlicher preiswert
zu verkaufen.
Näheres bis Sonntagabend
Gr. Brunnenstr. 12, II.

Achtung! Achtung!

Billigste Bezugsquelle für Maler, Maurer, Tischler.

Bis auf weiteres kommt ein grosser Posten
Streichbürsten und Ringpinsel billig zum Verkauf.
Kalkgrün, Kalkblau, Kalkrot.

Flüssiger Malerleim und Tapezierkleister.
Maler-Schablonen: Wandmuster und Friese (Küchen-Friese).
Gips, Zement, Kreide, wetterfeste Fassaden-Farbe.
Malerkittel, Handwerkskästen, Spachteln, Leibern, Tapezierbürsten.
Firnis, Fussbodenlack, Möbellack.

Farbenhandlung **Max Rädler**

nur Rannischestr. 2. Man achte genau auf Firma.



Trauerschmuck,
grösste Auswahl.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Makulatur
zu haben in der
Genossenschafts-Buchdruckerei.

Schultornister,
belle Sattlerarbeit u. große Aus-
wahl empfiehlt **F. Albrecht,**
Sattlermeister, Griftstraße 53.

Provinzial-Gesangbücher,
grosse Auswahl.
C. F. Ritter,
Leipzigerstrasse 90.

Verkauf mehrerer 1000 Paar guter Schuhwaren

**Haltbare
und
elegante
Stiefel!**

Herren-Schnür-Stiefel Rindbox, Boxcaif, 16⁵⁰ 14⁵⁰ 12⁵⁰ 11⁰⁰ 10⁷⁵ 9⁷⁵ 7⁹⁰
auch mit Lacktappe, Verbleischnitt, amerikanischen Hinterriemen.
Damen-Schnür- u. Knopf-Stiefel 12⁵⁰ 10⁷⁵ 9⁵⁰ 8⁷⁵ 6⁹⁰ 5⁵⁰
mit Lacktappe und federndem Absatz.
Herren-Schnür-, Zug- u. Schnallenstiefel trägt Leder 6⁹⁰ 5⁰⁰ 4⁵⁰ **Kinder-Spangenschuhe** 3⁵⁰ 3³⁵ 2⁷⁰ 2⁶⁰ 2⁴⁵
genagelt
Damen-Ballschuhe 8²⁵ 7⁹⁰ 6⁴⁵ 6⁹⁰ 3⁹⁵ 3⁵⁰ 2⁸⁵ 2²⁵ **Damen-Spangenschuhe** 7⁵⁰ 6⁹⁰ 4¹⁰ 3⁸⁵ 3⁵⁰ 3²⁵ 2⁷⁵

**Wir legen Wert
auf Qualität.
Wir garantieren für
jedes Paar.
Wir bringen Stiefel
i. all. Preislag.**

**Konfirmanden-Stiefel
für Knaben.**

Braune Damenstiefel
in reich. Auswahl, gute Lederstoffe
Paar 12⁵⁰ 10⁵⁰ 8⁷⁵ 7⁹⁰ 6⁹⁰

Ein Posten Kinder-Roßlederstiefel genagelt	Ein Posten Kinder-Stiefel, Rindbox, Boxcaif, Chevreau, mit u. ohne Lacktappe
27-30 2 ⁹⁵	31-35 3 ⁶⁵ 8.50 8.00 7.25 6.75 5.90 5.10 4.50

Ein Posten Kinder-Sandalen	Ein Posten Damen-Tuch-Hauschuhe 1.85 1.65 95 Pf.
3 ⁷⁵ 3 ³⁵ 2 ⁹⁵ 2 ⁸⁰ 2 ⁵⁰	Herren-Leder-Hauschuhe 4.00 3.40
Burschen-Sandal. 3 ⁹⁰	Turmschuhe, jede Ausführung 2.45 1.85 95 Pf.
Herren-Sandal. 1.75 4 ⁵⁰	Bachdeckel-Schuhe Stiefelarten Herren-Halbschuhe daneb. Qual. 6.90 Halbschäfte, prima Qual. 9.75 8.25

**Konfirmanden-Stiefel
für Mädchen.**

Braune Kinderstiefel
— auch mit Lacktappe
Paar 9⁰⁰ 8⁰⁰ 6⁹⁰ 6⁰⁰ 5²⁵ 4⁷⁵

Damen-Halbschuh
farbig und schwarz
Paar 10⁵⁰ 8⁷⁵ 7²⁵ 5⁷⁵

Schnür- und
Pumpschuh

H. Elkan

Halle a. S. Leipzigerstr. 87.

Veruchen Sie unseren **Kinderstiefel**
Marke Senator (beste Haltbarkeit).
Dieser Stiefel ist wohl das realste, was in dieser
Preislage geboten wird.
Paar 4²⁰ 3⁹⁵ 3⁴⁵ 2⁸⁵

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Sigmund. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (G. G. u. M. B.) — Setzer: vorm. Aug. G. S. Sigmund. — Schm. I. Halle a. S.

Volksblattleser!

Beachtet den heute beiliegenden Prospekt zur obligatorischen Einführung der

Neuen Welt.

Stimme jeder Lernbegierige und ein jeder, der ein gutes Familienblatt haben will, mit „Ja“.

Volk und Pfaffenkirche.

Preußisches Dreiklassenhaus

45. Sitzung, vom 9. März, vormittags 11 Uhr
Die zweite Beratung des „A u l t a t a t“ wird beim Kapitel Evangelischer Oberkirchenrat fortgesetzt.

Hr. Liebknecht (Soz.):

Wenn wir uns verpflichtet halten, uns nach der Art zu erfinden, wie die dem Staat der Kirche zur Verfügung gestellten Mittel verwandt werden, so bedeutet das natürlich nicht, daß wir irgend einen Kulturstampfen wollen. Wir haben uns stets gegen jedes Ausschmühen gegen in die Kirche gewandt, aber wir wollen auch kein Ausschmühen für die Kirche wie Sie. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Die Kritik kirchlicher Einrichtungen werden wir uns nicht unterbinden lassen, denn bei uns ist ja eine Trennung der Politik von der kirchenspolitisch undurchführbar. Wie der Staat prüfen muß, ob ein katholischer Pfaffen, der den Modernisierungs geleistet hat, noch Staatsdiener sein kann, müssen wir auch das Recht haben zu prüfen, ob evangelische Pastoren noch objektive Staatsdiener sein können. Staat und evangelische Kirche sind bei uns auf das allereingestrichelt. Die evangelische Kirche ist aus rein materiellen Gründen vom Staat usurpiert worden, der

Randesherr ist zugleich der oberste Bischof

der Kirche, so wie er oberster Kriegsherr ist. So sind die beiden obersten Machtmittel zur Aufrechterhaltung der Autorität des Staates in einer Hand konzentriert. Die Freiheit des evangelischen Bekenntnisses ist in Preußen ein Märchen aus längstvergangener Zeit. Daß von einer Selbstverwaltung in der evangelischen Kirche keine Rede mehr ist, hat wieder der Fall Jatho bewiesen. Gegen Jatho hat man unter Heberzeugung seiner Gemeinde

ein Referat

eingeleitet. In der evangelischen Kirche gibt es keinen Papst, aber es gibt einen Oberkirchenrat, der genau entscheidet, wie weit ein Geistlicher gehen darf. So ist die Freiheit der evangelischen Kirche eine innere Unwahrscheinlichkeit. Welche Spitzkritiker und Angehörige der Kirche, hat Genosse Köhler, der frühere Pastor, nachgewiesen. Die Geistlichen beteiligen sich bei uns an allerhand nichtkirchlichen Angelegenheiten. So übernehmen Pastoren Normundschäften in so umfangreichem Maße, daß sie ihre Pflicht nicht erfüllen können. Gegen eine solche Verdrängung des geistlichen Elements bei der Befehung der Normundschäften werden wir protestieren. Nichts sind Pastoren Protokollanten der gelben Arbeitervereine. Gegen diese unchristliche, unpolitische, unethische Tätigkeit der Pastoren müssen wir Protest einlegen. Durch diese Tätigkeit der Arbeiter innerhalb der Arbeiterbewegung zur Verwirrung der Befolgenden. Angesichts der ganzen Art der Organisation der Kirche, der Abhängigkeit der Geistlichen, der Art, wie die Kirche benutzt wird als Werkzeug der herrschenden Klassen, werden sich die breiten Massen immer mehr von der Kirche ab. Diese

Massenflucht aus der Kirche,

die zum großen Teil ein Verdienst unserer leider heute erkannten Genossen Hoffmann ist, führt man natürlich mit allen Mitteln zu verhindern. Kann es aber etwas Mittels geben, als jemand, der sich innerlich von religiösen Anschauungen losgelöst hat, mit allerhand Mitteln doch in der Kirche zu halten? Doch nur die Dummheit großgezogen. (Sehr wahr! h. d. Soz.) Das Recht, zwischen Anmeldung des Austritts und Austrittserklärung auf die betreffenden einzurufen, wird von den Geistlichen mit sehr wenig Delikatesse ausgeübt. Das schwerste Geschäft, die Pfaffenkanonen, werden losgelassen.

Sicher gehört auch die Frage des Religionsunterrichts der Kinder von Freireligiösen. Neuerdings hat das Kammergericht entschieden, daß die überlebenden Kinder von Eltern, die aus der Kirche ausgetreten waren, in der Religion erzogen werden müßten, der der Vater vor seinem Kirchenaustritt angehört habe. Das ist ein ganz unbilliges Urteil.

ein neuer Schutz gegen die Kirchenaustrittsbewegung.

Wer die Bestrafung eines jeden will, der durch Drohung, Ehreverletzung oder Verurteilung einen anderen veranlaßt, an Bestrafungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen teilzunehmen, sollte konsequenterweise verlangen, daß diejenigen bestraft werden, die durch Ehreverletzung, Drohung usw. jemand zu veranlassen suchen, einer Kirchengemeinschaft beizutreten, oder zu verhindern suchen, daß jemand aus einer Kirchengemeinschaft austritt. (Sehr gut! h. d. Soz.) Aber für Sie ist die Kirche ein Mittel zur Niederhaltung der großen Massen. Darum sind Sie so außerordentlich fromm, wenn Sie auch den Gottesdienst zur Eröffnung des Landtags nicht gerade zahlreich besuchen. (Sehr gut! h. d. Soz.) Bei Ihrem Christentum stimmen eben Worte und Taten nicht überein. Die einzige Partei, die wirklich das Ideale und Unvergleichbare im Religiösen anerkennt und versteht, die wahre Gewissensfreiheit vertritt, ist die Sozialdemokratie.

Wir Sozialdemokraten sind die einzig wahren Christen.

(Lachen redts.) Ich möchte Sie, stellen Sie Ihre materiellen Interessen hinter den sozialen Anforderungen zurück, die das Christentum an Sie stellt, werden Sie wahre Christen. (Wraol h. d. Soz.)

Ministerpräsident v. Trott: Es ist nicht richtig, daß die Kirche immer abhängiger von Staat geworden ist. Im Fall Jatho handelt es sich um kein Disziplinarverfahren, sondern um die Entscheidung eines besonderen Spruchkollegiums. Die unangenehmen Vorwürfe gegen Geistliche muß ich zurückweisen. Wir müssen diesen Vorwurf dankbar sein, daß sie aufopferungsvoll bemüht sind, die Not im Volk zu lindern. Wenn sie von jener Seite dafür angegriffen werden, so spricht das nur für sie. (Wraol redts.) Wir sind denen dankbar, die das Wort: Nichts tut, ehret den König! in das Volk hinaustragen. (Wraol redts.)

Damit schließt die Debatte.

Verständlich bemerkt Hr. Liebknecht, daß das Spruchkollegium im Falle Jatho nichts als eine besondere Disziplinarbehörde ist.

Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 10. März 1911.

Zur Unterstützung des Volksparks

haben weiter folgende Organisationen beschlossen, pro Mitglied eine Mark, teils auch durch freiwillige Beiträge, zu erheben: Böttcher, Dachbeder, Gastwirtsgesellen, Zimmerer, Maschinisten und Metzger. Die Bureauangestellten haben 16 M. aus der Kollastasse bewilligt.

Kreisentscheid über die Neue Welt.

Wir weisen nochmals auf die Urabstimmung hin, um die die Leser des Volksblattes wegen obligatorischer Einführung der Neuen Welt gebeten werden. Möge jeder sich daran beteiligen, leicht genug ist sie ja gemacht. Die Flugblätter mit den angehängten Stimmzetteln liegen heute den Zeitungen bei. Alle Abonnenten, auch die, die schon Leser der Neuen Welt sind, wollen den Zettel in der vorgeschriebenen Form ausfüllen und für Rückgabe an die Austräger oder Expedienten Sorge tragen. Wir hoffen, daß die übergroße Mehrzahl der Leser des Volksblattes sich für die Beteiligung

der prächtigen Wochenfrist entscheidet, denn damit ist ihnen gedient und gleichzeitig können wir mit dem gesamten Blatt wieder einen Schritt vorwärts tun. Wer kein Flugblatt nebst Stimmzettel erhalten sollte, möge sich zur Erlangung eines solchen an den Austräger wenden.

Wer trägt die Schuld?

In der Freiheitsangelegenheit des Generalanwaltes für Halle findet sich folgende betrieblige Notiz:
Selbst in o. d. Ein Kellerlehrerling erhängte sich gestern vormittag 11½ Uhr in einem Vorraum seiner Schlafkammer.

Der Mitteilung sieht man das Erzwungene, Bequämte an, man weiß, che man sich die ganze Tragik ihres Inhaltes entgegenwärtigt hat, daß sie nur sehr ungenau aufgenommen worden ist, nur deswegen, weil sie aus einer Quelle stammt, der man nichts ablehnen darf. Aber damit ist die Sache doch nicht abgetan. Es ist ein Knabe, der da seinem Leben ein Ende gemacht hat. Was kann diesem jungen Menschenkrise das Leben verübert, zur Last gemacht haben?

Hat der junge Mensch sich vielleicht im Hotel Kaiser Wilhelm erkängt, wo er arbeitete und — ludete? Wir haben dort am Tage der Unglücksstat bestürzte Geister, Wien, die etwas zogen, wie ein uneingeständenes Schuldbemühen. Wir haben dort die Polizei eingetreten und verwiesen ...

Vor nicht langer Zeit ist der Inhaber des Hotels Kaiser Wilhelm, der Hoflieferant Fritz Wahne, wegen schweblicher Mißhandlung eines armen Kellerarbeiters, Lings zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden, einer Strafe notobene, deren große Würde von seiner Seite beschränkt worden ist.

Damals hatte Herr Wahne einen Gummischlauch geschnitten. Der er schlug, war ein Knabe von hier, dessen Eltern sich ins Mittel legen konnten. Der junge Mensch, der sich jetzt erkängt hat — man behauptet fest, daß es im Hotel Kaiser Wilhelm geschah! — soll von a. s. w. r. s. kommen, so wie gewisse Herrschaften sich aus Dienstboten „von auswärts“ nehmen, die williger und schaulofter sind. —

Bei Herrn Wahne verleiht die „Hauterlöse“ von Halle, verletzten Offiziere, Staatsanwälte, Richter. Er besitzt Ehrentitel der bürgerlichen Gesellschaft. Wie ist es möglich, daß diese Gesellschaft arme Anaben anbeuten, übermüden, zur Verzweiflung treiben läßt? Nicht diese Gesellschaft nicht mindestens Aufführung verlangen über das Schicksal der Kinder, die da verkommen?

Will die Gesellschaft von Schulden nicht Redenshaft fordern, so tun wir's! Wir leben ja an der bürgerlichen Presse (Zaulegung und halbes Zeitung (schweigen ganz), die den traurigen Fall unterzählt und verurteilt, daß auch diese Ereignis ungenüht vorübergehen soll. Aber das luden wir nicht! Wir sind stolz darauf, uns durch Wahrnehmung der Rechte Schulhofer, Ausgebutter den Tag des Hoflieferanten, vielleicht der ganzen Gesellschaft, die sich in seinem netten Lokale so wohl fühlt, zugegen zu haben. —

Heraus mit der Sprache! Was hat den Knaben — im Hotel Kaiser Wilhelm — in den Tod getrieben.

Die allmächtige Polizei.

Eselt der polizeifrommen bürgerlichen Presse geht das Urteil so weit, das vom Reichsgericht in einem Polizeigewaltigungsprozeß gegen das Volksblatt bestätigt wurde. Es handelt sich um die bekannte Sache, daß die Polizei entgegen einer Entscheidung des preußischen Kammergerichts Handgelenkverleurer ist und einen Gewerkschaftsführer verhaftet hatte, wodurch eine beachtliche Versammlung vereitelt wurde. Die Kritik dieser Polizeität brachte dem Redakteur Gen. Riabup

ff. Kakao garantiert rein 1 Pfund = **70** Pfg.
ff. Bruchschokolade garant. rein 1 Pfund = **65** Pfg.
 Hochfeine Speise-Schokolade von schmelzender Feinheit einfache Packung, Qualität „Priora“ 1 Pfund = **110** Pfg.
 (Diese Schokolade kostet in Luxuspackung sonst Pfund = 150 Pfg.)
Louis Eisfeld, Marktplatz 22.
 Versand nach ausserhalb.

Holzarbeiter-Verband, Halle S.
 Sonnabend den 11. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gasthof Drei Könige, str. Mühlstr. 7.
Sektions-Versammlung der Stellmacher.
 Um zahlreiches und pünktiges Erscheinen ersucht.
 Die Sektionsleitung.

Achtung! Achtung!
Merseburg.
 Sonnabend den 11. März, 6 1/2 Uhr,
Flugblatt-Verbreitung.
 „Kaiser-Wilhelms-Halle.“
 Es haben sich alle Genossen an dieser Verbreitung zu beteiligen.
 Die Distriktsleitung.

Sonntag den 12. März 1911, nachmittags 3 Uhr, in der „Kaiser-Wilhelms-Halle“:
Grosse Volks-Versammlung.
 Referent: **Dr. Bernstein, Berlin.**
 8 Uhr abends in demselben Lokal:
Grosse Frauen-Versammlung
 Referentin: **Anna Bach, Weissenfels.**
 Zahlreicher Beteiligung sieht entgegen

Sangerhausen.
 Sonntag den 12. März nachmittags 4 Uhr
 in der „Schweizerhütte“:
Gr. öffentl. Versammlung.
 Tagesordnung:
 Ueber Reichspolitik und Wahlkampj.
 Referent **G. Max Wölklein, Nordhausen.**
 Alle Wähler und Arbeiter sind eingeladen.
 Die Parteileitung.

Konsumverein für Dieskau u. Umgeg.
 Sitz Zwintschöna,
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
 Sonnabend den 18. März, abends 8 Uhr, im Gasthof Zwintschöna
Außerord. Generalversammlung.
 Tagesordnung:
 1. Vortrag: Die Zentralisationsbestrebungen in der deutschen Genossenschaftsbewegung.
 2. Wahl eines Vorstandemittels (Controllenr.).
 3. Anträge. Dieselben müssen fünf Tage vorher eingereicht sein.
 Der Vorstand.
 W. H. Fischer. W. H. Gausch.

Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer,
 Zahlstelle Halle a. S.
Unser Stappen-Stränzchen
 findet morgen Sonnabend, den 11. März, statt.
Grosse Ueberraschungen, u. a. grosse amerikanische Viehauktion.
 Um zahlreiches Zutrudel ersucht
 Anfang 8 Uhr.
 Das Komitee.

Delitzsch.
Turn-Verein Freie Turner.
 Sonntag den 12. März abends 8 Uhr im „Lindenhof“
Kappen-Ball
 verbunden mit turnerischen Aufführungen.
 Zu zahlreichem Besuch ladet die Arbeiterschaft freundlichst ein
 Der Vorstand.

Haushaltungsbücher
 für alle Tage des Jahres,
 für jede Familie und einzelne Personen passend.
 Preis 1 Mk.
 Zu beziehen durch Die Volksbuchhandlung.

Gür die Inserate verantwortlich: Rob. J. G. n. e. — Druck der Halle'sch. Genossensch.-Buchdruck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vorm. Aug. C. r. o. f. j. e. t. u. J. ä. h. n. i. g. — Samml. i. Halle a. S.

Strumpfe
 jeder Art, neu und Knitriden, sowie neue Strümpfe und Socken, empfindl. Wintersocken, Clearingstr. 9, Gutsjahrstrasse.

Paul Leuschner,
 auf'r Mittelwache Nr. 9,
 und verlang' Nr. 65 zu 6 Pf. per Stüd. Da verschiedene auf jede andere Marke.



komplett, per Stüd 2.- 3.- 4.- 5.- u. 6.50.
 Zu allen Spülungen verwende man „Cynin“.
 Kataloge gratis, franco, ohne Abdruckvermerk.

C. Klappenbach, Halle a. S.,
 Gr. Ulrichstrasse 41, II. Eing. am Kaulenberg.

Möbel und Waren
Auf Kredit
 bei **V. Teicher** Halle a. S., Alarjussstr.
 am Hallmarkt, Ecke Grassm. 3

Wünschen Sie für Ihren schmerzhaften Fuss bei soliden Preisen entsprechende Beschuhung,
 so wenden Sie sich an
B. März,
 Sternstraße 11, pt.
 Schmirzhafter Balken. Hersehe nach richtiger Beschuhung.

Die neuesten **Patent-Panzer-Stiefel,**
 sowie alle andern
 Schuhwaren für Kinder und Erwachsene, Arbeitshosen, Westen und Jacken, Sinderanzüge, alle sonstigen Bekleidungsgegenstände, Schürzen, Sommerhütchen für Mädchen, Herren- und Knaben-Häusen
 empfiehlt zu äusserst billigen Preisen
P. G. Blank, Radewell
 Hauptstrasse 13.

Eingebrochen
 in die Konfirmationszeit. Man kauft bei
Wilhelm Lenz, Uhrmacher,
 45 Merseburgerstr. 45
 Konfirmanten-Uhren, gutgehend, mit Garantie, v. 5 Mk. an, Ketten von 20 J an,
 Moderne, schöne Fingerringe in Gold und Silber von 50 J an,
 Moderne Broschen und Ohringe.

Allgem. Konsum-Verein, Halle.
 Als besten Ersatz für Naturbutter empfehlen wir die allgemein beliebt gewordene
Pflanzenbutter-Margarine „Bonella“
 à Pfund **86** Pfg.

Zur Konfirmation
 empfehle ich in größter Auswahl zu billigsten Preisen:
Konfirmanten-Anzüge in soliden Mustern und schönen Stoffen, von **7.50**
Konfirmanten-Anzüge in Schicot und Kammingarn, tiefschwärz, von **12.-**
Konfirmanten-Anzüge in prima Kammingarn, hochfein, von **14.-**
Konfirmanten-Anzüge in Schwarz und blau, hochlegant, von **16.-**
 5% in bar oder Marken.
 Marktplatz, **Gustav Reinsch,** gegenüber der im Roten Thurm Hirschapotheke.

Erste Bekanntmachung.
 Der Allgemeine Konsum-Verein für Lützen und Umgeg., eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 5. März aufgelöst worden und fordern wir die Gläubiger auf, sich bei der Genossenschaft zu melden.
 Allgem. Konsum-Verein für Lützen u. Umg., e. G. m. b. H., in Liquidation.
 Die Liquidatoren:
 C. Häder, Herrn. Heßler, Paul Meinert.

Geschäfts-Eröffnung.
 Den geehrten Einwohnern von **Naundorf und Umgeg.**
 die ergebene Mitteilung, daß ich mich hier selbst als
Bäcker und Konditor
 niedergelassen habe. Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine werthen Kunden nur mit guter und schmackhafter Ware zu bedienen. — Zudem ich bitte, mein junges Unternehmen gütig zu unterstützen, zeichne
 Hochachtungsvoll **Gustav Freiberg.**

Carl Traeger
 Weingroßhandlung - Geiststr. 23 Fernspr. 693
 empfiehlt: Rhein-, Mosel-, Bordeaux-u. Süddeutsche, sowie deutsche u. französische Champagner, Rum, Arac, Cognac, Punsch-Essenzen
 von den billigsten bis zu den feinsten Marken

Nur drei Worte!
 Lorenz Billige Schuhwaren!
Schuhwarenhaus Lorenz, Leipzigerstr. 64.

Achtung!
 Wegen Umzug sind eine grosse Ladung
Göricko-, Victoria- und Spezial-Fahrräder
 von 50 Mk. an zu verkaufen
K. Rechner, R. Wagnerstr. 12a, Triftstrasse 28.
Zabakpfeifen aus gutem Horn.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Pa. Harzer Käse pro Stüke (100 St.) 2.80 Mk. franco der Nachnahme empfiehlt
Dampfmolk. Meseritz.